

Kommunen genau anschauen: Eine Vielzahl von Eltern, die es sich nicht leisten können, ist von Beiträgen befreit. Das ist auch ein Teil von Sozialpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Um zusätzliche Redezeit hat Frau Staudte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebeten. Aufgrund der Überschreitung der Redezeit der Landesregierung gewähre ich Ihnen 90 Sekunden, Frau Staudte. Bitte sehr!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich möchte es auch ganz kurz machen.

Herr Dr. Althusmann, Sie haben eben gesagt: Wer weiß, im Referentenentwurf wird dann stehen, es gibt Bildungsgutscheine. - Aber das können Sie doch nicht wirklich ernst meinen. Dann würden wir in Zukunft für besser Verdienende die Baby-Yoga-Kurse bezahlen, während gleichzeitig in den Krippeeinrichtungen fünfzehn Kinder von zwei Erzieherinnen betreut werden. Das ist doch keine frühkindliche Bildung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Außerdem möchte ich betonen: Wir warten hier immer noch auf eine Lösung für die Betreuung der Kinder mit Behinderung unter drei Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Da müssen wir das Geld investieren, damit endlich Integration von Anfang an gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Noch
ein bisschen höher, noch ein bisschen
weiter, noch ein bisschen schneller!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Beratung angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/4360 ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der

Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Abschließende Beratung:

Produktivität und Wertschöpfung schützen - Spekulationen und Wetten mit Finanztransaktionssteuer begeben - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4441 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/4540

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten damit in die Beratung ein. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach sehr kurzer Beratungszeit im Ausschuss haben CDU und FDP unseren Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer abgelehnt. Man sei ja im Prinzip dafür, man müsse nur noch ein paar Jahre prüfen, war die Meinung der CDU, und die FDP bezog sich auf untaugliche Vorschläge ihres Parteivorsitzenden Rösler, nach britischem Vorbild eine Steuer auf Aktien zu erheben, was jedoch den Nachteil hätte, dass die gefährlichen Finanzprodukte weiterhin ausgenommen wären.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Wahrscheinlich waren die Lobbyisten der großen Investmentbanken bei den FDP-Leuten zu Besuch. Aber ob Sie nun heute diesen Antrag auf eine Steuer ablehnen oder nicht, diese Steuer wird erhoben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der von uns geforderten Steuer handelt es sich um eine Umsatzsteuer auf alle Finanzprodukte, die bisher keiner Besteuerung unterliegen. In Europa gibt es keinen Bereich, der nicht besteuert wäre. Aber da, wo viel Geld bewegt wird und wo man die Verursacher der Finanz- und Währungskrise endlich einmal an den Kosten beteiligen könnte, da wird es Ihnen auf einmal zu kompliziert. Da sperrt sich in

Deutschland eine Mikropartei, deren Einfluss inzwischen ansonsten eher marginal geworden ist. Kollegen und Kolleginnen von der FDP, warum eigentlich schützen Sie spekulatives Parasitentum z. B. beim Hochfrequenzhandel, beim Kurzzeithandel?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin - Christian Grascha [FDP]: Ich wollte diesmal eigentlich keine Zwischenrufe machen!)

Hier geht es schließlich nicht um nachhaltige Investitionen in die Wirtschaft, schon gar nicht um soziale Marktwirtschaft. Hier geht es einzig um den Profit einiger weniger - besonders sehr vermögender - Menschen, um Profit aus Wetten ohne jede Wertschöpfung und ohne jede Produktivität. Da wird auf Rohstoffe, auf fallende Kurse, auf alle möglichen Dinge spekuliert, nur weil einige auf schnelles Geld aus sind.

(Christian Grascha [FDP]: Das hat doch mit dem Thema nichts zu tun!)

- Wenn Sie das nicht verstehen, Herr Grascha, dann weiß ich es nicht. Habe ich nicht gelesen, dass Sie Finanz- und Vermögensberater sind? - In dem Fall bin ich froh, dass ich gar kein Vermögen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das war ein guter Spruch!)

Herr Grascha, selbst aus Griechenlands Schuldenchnitt konnte die Finanzindustrie noch einen Reingewinn von 2,5 Milliarden Euro generieren - mit Swaps, also Wetten auf die Staatspleite Griechenlands.

Kolleginnen und Kollegen, das ist niemandem mehr zu vermitteln. Zwei Drittel der EU-Bürger sind für die Einführung einer Umsatzsteuer auf Aktien, Anleihen und Derivate. Denn die Händler der Finanzprodukte nutzen jede noch so kleine Lücke, also Möglichkeiten, die ein Kleinanleger gar nicht hat. Der wäre insofern - anders als Sie behaupten - von der Steuer gar nicht betroffen. Vielmehr bürden Sie von CDU und FDP dem sogenannten kleinen Steuerzahler alle finanziellen Lasten auf, falls wieder einmal etwas schiefgeht.

Wenn es Frau Merkel so glorreich gelingt, mit Herrn Sarkozy den Fiskalpakt - also den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion - allen anderen

Ländern in Europa zu diktieren, warum nicht gleich in einem Gesamtpaket mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer?

Kolleginnen und Kollegen, was jetzt nach diesem ausgehandelten Vertrag passiert, ist die extreme Verarmung ganzer Länder: hohe Arbeitslosigkeit von 25 % in Griechenland und Spanien, Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 %, und das ohne eine greifbare Chance auf Wachstum oder Beschäftigung. Bei schlechten Einnahmeprognosen nur zu sparen, wird die von der Schuldenkrise erfassten Länder nicht auf die Beine bringen.

Wir brauchen daher einen Masterplan, der diesen Ländern konstruktiv dabei hilft, wieder auf die Beine zu kommen. Auch dafür könnte man Einnahmen aus einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte nutzen. Der Steuerzahler wird dafür nicht mehr aufkommen können, und er wird es zu Recht nicht wollen, wenn die Mitschuldigen an der Krise immer wieder verschont werden.

Offenbar hat Frau Merkel vergessen, dass sie bei den Beratungen über den Fiskalpakt in Bundestag und Bundesrat eine verfassungsändernde Mehrheit braucht. Von uns als SPD wird sie im Bundestag die Zustimmung nur unter bestimmten Bedingungen bekommen.

Erstens muss gleichzeitig mit der Einführung des Fiskalpaktes eine europäische Wachstums- und Investitionsinitiative auf den Weg gebracht werden.

Zweitens muss ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht werden.

Drittens muss es einen verbindlichen Beschluss zur Einführung der Besteuerung der Finanzmärkte geben.

Es wird Zeit, dass man neben der nachhaltigen Konsolidierung der Staatshaushalte in der Eurozone, neben allen Einsparungen auch Wachstums- und Investitionsstrategien zur Erneuerung der Realwirtschaft auf den Weg bringt und dass man die Kosten der Finanzmarktkrise gerecht verteilt. Das bedeutet: Die Finanzmärkte werden sich an den Kosten beteiligen müssen. Das ist überfällig, das ist notwendig, und es wird so kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Emmerich-Kopatsch. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Siemer. Bitte!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist tatsächlich so, dass die internationalen Finanzmärkte mit Handelsvolumina und Finanzprodukten arbeiten, die für Außenstehende kaum noch nachvollziehbar sind. Zwei kurze Beispiele:

Im internationalen Devisenhandel spricht man von einem Handelsvolumen von 800 Billionen US-Dollar; der tatsächliche Güterhandel - also Im- und Exporte - liegt bei 30 Billionen Dollar.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist doch pervers, oder?)

Das sind zwar immer noch 30 000 Milliarden Dollar - eine große Summe -, aber das Handelsvolumen bei den Devisen liegt beim 20-Fachen des tatsächlichen Im- und Exports, und dieser Abstand scheint sich weiter zu vergrößern.

Bei den Derivaten, also z. B. den Wetten auf Zinssätze, gibt es ähnliche Größenordnungen. Dort liegt das Volumen bei 600 Billionen US-Dollar. Die Handelsplätze für solche Produkte sind Chicago, London, New York, Zürich, Hongkong, Singapur und Tokio. Dort wird mit Produkten gehandelt, die auch nach Ansicht vieler Wissenschaftler Mitauslöser der Finanzkrise waren.

Schiefagen bei Banken, die durch solche und ähnliche Produkte ausgelöst wurden, hat es schon in der Vergangenheit gegeben. Ich möchte an dieser Stelle nur an den Verlust von 1,4 Milliarden Dollar bei der Barings Bank und an den Verlust von 5 Milliarden Euro bei der Société Générale erinnern. Allerdings waren nicht alle diese Verluste durch solche Produkte bedingt, sondern auch durch Betrug. Hochfrequenzhandel hat bei diesen Dingen wohl keine Rolle gespielt.

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise hat es zahlreiche Änderungen in der Gesetzgebung gegeben. Der Finanzsektor ist an den Kosten maßgeblich beteiligt worden. Das sind übrigens Dinge, die zusammen auch mit der SPD beschlossen worden sind.

Es gab die Zusatzanforderungen aus Basel I bis III.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Aber nicht für Hedgefonds!)

Es gibt die Bankenabgabe. Es gibt Bankenaufsicht, zusätzliche Regulierung. Es ist also nicht so, dass nichts passiert ist.

Auch bei den Landesbanken werden Maßnahmen ergriffen, um die Risiken zu begrenzen. Nicht alle Parteien ziehen bei diesen Dingen mit. Bei der NORD/LB sind die Grünen durchaus anderer Auffassung.

Von einer Finanztransaktionssteuer versprechen wir uns Lenkungseffekte, die den Handel mit Wertpapieren, deren Wertschöpfung nicht besonders hoch liegt, begrenzen und dadurch die Risiken minimieren.

Entscheidend ist dabei die Bemessungsgrundlage. Alle Finanzprodukte müssen in diese Steuer einbezogen werden; sonst gibt es Ausweichhandel. Die Steuerhöhe sollte so ausgestaltet sein, dass sich eine Verlagerung nicht lohnt.

Als Haushälter stellen wir ganz besondere Anforderungen an die Einführung einer neuen Steuer: Ist Besteuerungsgerechtigkeit gewährleistet? Wie ergiebig ist die Steuer? Ist sie praktikabel?

Zunächst zur Praktikabilität: Ich hatte bewusst zu Anfang die Handelsplätze erwähnt. Sie liegen in den USA, in Europa - London und Zürich - und in Asien. Am besten müsste eine solche Steuer also an diesen Plätzen greifen. Eine europaweite Regelung kann daher hier nur ein Schritt sein. Das angedachte Prinzip der Ansässigkeit, also der Residenz, führt dazu, dass deutsche Banken auch dann von der Steuer belastet werden, wenn sie in Singapur handeln. Insofern gehen die Überlegungen der Bundesregierung von Angela Merkel in die richtige Richtung.

Im Antrag der SPD und in den Beratungen im Ausschuss ist die Opposition hinter diesen Überlegungen weit zurückgeblieben. Sie spricht von einer schrittweisen Einführung der Steuer in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien. Diese Länder mögen Urlaubsländer sein. Sie sind aber leider nicht Sitz bedeutender Handelsplätze. Dieser Ansatz ist ungefähr so, als wenn man plant, in Bern, in Bielefeld und im Vatikan eine Vergnügungsteuer einzuführen, und glaubt, damit das Glücksspiel in Las Vegas, Atlantic City und Macau bekämpfen zu können. Das sind Scheingefechte.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Im Übrigen hätten die Vorschläge, die Sie angeführt haben, auch nicht die Verluste bei der Barings Bank und der Société Générale verhindert.

Liebe Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch, Sie haben in Ihrer Vorrede erwähnt, dass die Finanztransaktionssteuer als Umsatzsteuer gestaltet werden soll. Wie Sie wissen, ist die Umsatzsteuer mit die komplizierteste Steuer, die wir haben. Dort haben wir mit ganz erheblichen Ausweicheffekten und auch mit Steuerbetrug zu kämpfen. Gerade im Bereich der Finanztransaktionen wollen wir z. B. Kaskadeneffekte in Unternehmen vermeiden, die auch bei geringen Steuersätzen zu sehr hohen Steuerbelastungen führen und damit den Finanzplatz Deutschland gefährden würden.

Das macht deutlich, dass man sich die Einführung dieser neuen Steuer sehr genau überlegen muss. Sonst geschieht das, was in Schweden passiert ist: Als eine Steuer eingeführt wurde, brach der Handel um 90 % ein, und statt angedachter etwa 160 Millionen Euro Steuereinnahmen sind nur etwa 9 Millionen Euro gekommen. Genau diese Effekte wollen wir vermeiden. Insofern mache ich auch bei den Prognosen ein großes Fragezeichen. In Deutschland sollen angeblich 16 Milliarden Euro, in Frankreich 12 Milliarden Euro an Steuereinnahmen kommen. Das sind die Beträge, die auch in den Ausschussberatungen angeführt wurden. Ich gebe zu bedenken, dass die Betriebsergebnisse der führenden Banken in Frankreich bei Weitem nicht diese Steuerlast erreichen. Daher stellt sich die Frage, woher die Summe denn kommen soll. Es besteht die Gefahr, dass sie vom Endverbraucher, also von den Bürgerinnen und Bürger, kommt. Auch das ist ein Effekt, den wir unbedingt vermeiden sollten.

In vielen Punkten geht Ihr Vorschlag auf die wesentlichen Probleme einer Finanztransaktionssteuer gar nicht ein. Wir sind uns ja über das grundsätzliche Ziel einig. Insofern bedurfte es eines solchen Antrages nicht. Wir unterstützen Angela Merkel und Wolfgang Schäuble mit sachbezogenen Beiträgen und arbeiten weiter an einer Einigung in der Eurozone, in Europa und möglichst darüber hinaus. Ihr Antrag hilft da nicht weiter. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Dr. Siemer. - Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Dr. Sohn zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies ist ja die dritte Erörterung dieses Themas hier im Plenum. Wir hatten im Januar die Antworten von Herrn Möllring, die bewusst kurz gehalten und nicht so gut waren, auf unsere Dringliche Anfrage zu diesem Thema. Dann gab es im Februar die erste Beratung des SPD-Antrags, der dann auch noch einmal im Haushaltsausschuss behandelt wurde. Das Ergebnis ist: Irgendwie sind alle dafür, aber es kommt trotzdem nicht. Das ist das Kernergebnis dieser Diskussion.

Das führt zu der Frage: Warum eigentlich nicht? - Der meistgenannte Grund - am zugespitztesten von der FDP - ist: Das geht nur auf dem übernationalen Weg, weil sich vor allem die bösen Engländer - Finanzplatz London -, aber auch so ein paar andere Bösewichte außerhalb von Deutschland dagegen sperren. Wenn das nicht alle wollen, dann geht es eben nicht, weil es eine internationale Problematik ist. Die FDP kann dabei das Grinsen nur ziemlich schwer unterdrücken. Sie sagt zwar, sie will das. Aber sie will es natürlich nicht, weil es um ihre Lieblingsklientel geht, die zwar schrumpfend, aber reich ist. Da ist das nicht wirklich gewünscht.

Daher rückt natürlich die Frage, Frau Emmerich-Kopatsch, nach einem nationalen, binationalen oder trinationalen Alleingang immer mehr ins Zentrum der Diskussion, wobei schon das Wort „Alleingang“ negativ gefärbt ist. Man könnte auch sagen, eine nationale oder binationale Initiative rückt in das Zentrum der Diskussion.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Mutig vorausgehen!)

Das war auch in der kurzen Ausschussdebatte so. Wir Linken sind der Auffassung, man muss in solchen Fragen vorangehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD sagt - das ist der Grund, weshalb wir dem nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten werden -, das geht aber nur mit den anderen. Nun habe ich mir das Protokoll der Diskussion vom Februar noch einmal angeguckt. Das ist ganz interessant, weil Herr Grascha da an einem Punkt, Frau Emmerich-Kopatsch, recht hat; denn dort

führen Sie aus - ich lese das aus dem Protokoll vor -:

„Nennen Sie“

- Richtung rechts haben Sie das gesagt -

„einen vernünftigen Grund, warum, wenn beispielsweise Deutschland und Frankreich vorangehen sollten, Spanien und Italien sich nicht anschließen sollten.“

Dann sagt Herr Grascha laut Protokoll:

„Ihr Antrag ist viel sachlicher als Ihre Rede.“

Da hat er in einem Punkt recht; denn Ihr Antrag sagt „nicht vorangehen“, aber in Ihrer Rede heißt es, Deutschland und Frankreich sollen vorangehen.

Da Frankreich schon vorangegangen ist, geht es darum, dass Deutschland jetzt mit vorangeht. Genau das ist unser Petikum.

Da Sie das nicht wollen, sondern es - im Gegensatz zu Ihrer Rede - in Ihrem Antrag heißt „Einen Alleingang wollen wir nicht“ - übersetzt: vorangehen wollen wir nicht -, werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten. Wenn Sie Ihren Antrag an Ihre Rede angleichen und sagen würden, jawohl, nachdem Frankreich vorangegangen ist, sollte auch Deutschland mit vorangehen, würden wir das unterstützen.

Aber auch hier fallen leider die Rede von Frau Emmerich-Kopatsch und der Antrag der SPD auseinander. Das ist leider die typische SPD-Halbherzigkeit. Deshalb enthalten wir uns.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Klein das Wort. Bitte!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ball für die Finanztransaktionssteuer liegt zurzeit bei der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin. Die hat sich bekanntlich in dieser Frage nun wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. Die Gründe sind bekannt. Die Schutzmacht der Reichen und Mächtigen, manchmal auch FDP genannt, hat wieder

einmal Veto eingelegt und damit eine zügige Umsetzung verhindert.

Wir hatten schon direkt nach der Bankenkrise eine schnelle Umsetzung der erforderlichen Regulierungsmaßnahmen, zu denen eben auch die Finanztransaktionssteuer gehört, gefordert. Es war relativ klar, dass das günstige Zeitfenster dafür nicht ewig geöffnet sein würde. Inzwischen hat sich die Finanzlobby wieder gefangen und verteidigt ihre Abzockprivilegien mit List und Tücke und selbstverständlich mit viel Einflüsterung bei ihnen ideologisch gewogenen Politikern, zu denen wir bekanntlich nicht gehören.

Die Bundesregierung hat zu zögerlich agiert. Welche Überzeugungskraft die Wirtschaftsmacht Deutschland - noch dazu im Gleichschritt mit Frankreich - in der EU und im Euroraum hat, konnten wir häufiger bei den vielen Einzelentscheidungen im Zuge der Krise erleben. Man stelle sich einmal vor, die Bundesregierung hätte sich mit der gleichen Vehemenz um die Finanztransaktionssteuer gekümmert wie um den Fiskalpakt.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Genau!)

Dann könnten wir auch gegen den britischen Widerstand - davon bin ich überzeugt - längst die ersten Einnahmen verbuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, inzwischen schmort der wirklich gute Richtlinienentwurf der Kommission beim Europäischen Rat, der diesen einstimmig beschließen müsste. Die Umsetzung der Alternative, nämlich die Beschränkung auf die Euroländer, ist inzwischen schwierig geworden, weil es inzwischen einige Euroländer gibt, die diese Initiative ebenfalls ablehnen.

Herr Kollege Sohn, wir müssen noch nicht auf die nationalstaatliche Ebene gehen; denn es gibt noch eine weitere Möglichkeit, diese Steuer auf den Weg zu bringen. Mit mindestens neun Staaten kann ein solcher Antrag im Rahmen der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit in der EU an die Kommission gestellt werden. Eine entsprechende Vorlage der Kommission könnte dann vom Rat mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet werden. Die Stempelsteuer, also die Übernahme der britischen Besteuerungsregeln, ist für uns keine Alternative. Sie ist absolut unzulänglich und in Bezug auf die mit der Finanztransaktionssteuer angestrebten Ziele völlig wirkungslos.

Meine Damen und Herren, dass sie nichts taugt, erkennt man allein schon daran, dass sich selbst die FDP dafür erwärmen könnte. Wir hätten jedenfalls gern auf der Basis der SPD-Initiative noch einmal eine dringende Aufforderung zum Handeln nach Berlin und nach Brüssel geschickt. Dass es dafür in diesem Hause keine Mehrheit gibt, zeigt uns, dass Schwarz-Gelb in Niedersachsen genauso handlungs- und regierungsunfähig ist wie das Pendant in Berlin. Deshalb werden wir die Ausschussempfehlung ablehnen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Klein. - Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Grascha zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christian Grascha (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal auf einen Punkt eingehen, den die Kollegin Emmerich-Kopatsch in ihrer Rede angesprochen hat, und zwar auf den Fiskalpakt. Ich halte es für unverantwortlich, wie die SPD-Bundestagsfraktion den Fiskalpakt mit ihrem parteipolitischen Kleinklein vermengt. Das ist angesichts der Staatsschuldenkrise, die wir haben, unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Man muss sich einmal überlegen: Da gibt es diese wichtige Vereinbarung, den Fiskalpakt, der an das Grundübel der Verschuldungskrise herangeht, und Sie versuchen jetzt hier, parteipolitisch den einen oder anderen Vorteil zu ziehen. Das ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Sie können es nicht besser!)

Man muss ganz ehrlich sagen: Die SPD hat als Erste damit angefangen und hat Griechenland in die Eurozone geholt. Dann ist Herr Schröder mit seinem Finanzminister, Herrn Eichel, nach Brüssel gefahren und hat für Deutschland die Maastricht-Kriterien entsprechend aufgeweicht. Die gleichen Politiker wollen uns dann erzählen, wie Finanzstabilität funktioniert? - Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Hans-Werner Schwarz [FDP])

Ich möchte zum Antrag der SPD noch konkret etwas sagen, was ich auch schon im Ausschuss gesagt habe. Ihr Antrag ist auch von daher untauglich, weil er eine ganz andere Grundlage hat als der Kommissionsvorschlag. Der Kommissionsvorschlag sieht einen anderen Steuersatz vor. Der Kommissionsvorschlag sieht eine andere Bemessungsgrenze vor. Von daher jetzt aus deutscher Sicht mit einem ganz anderen Vorschlag in die Diskussion hineinzugehen, als die Kommission hier präsentiert hat, das ist doch wirklich kontraproduktiv. Das müssen Sie doch auch einmal zugeben.

(Zustimmung von Hans-Werner Schwarz [FDP])

Denn Ihr Vorschlag bedeutet doch, dass beispielsweise Kreditabsicherungsgeschäfte, Währungsabsicherungsgeschäfte nicht nur des deutschen Mittelstands, sondern beispielsweise auch der öffentlichen Hand besteuert werden. Wie erklären Sie denn dann beispielsweise - diese Diskussion wird im Land beginnen -, dass wir und die Kommunen durch solche Steuerarten Mehrausgaben haben werden? Dann müssen Sie den verantwortlichen Politikern auch erklären, wo dieses Geld herkommen soll.

Die Grünen hatten ja im Ausschuss einen Änderungsvorschlag präsentiert, der vorsieht, dass man sich im Prinzip an dem Vorschlag der Kommission orientiert. Dagegen haben wir als FDP-Fraktion nichts, ausdrücklich nicht. Wir haben allerdings auch - wir waren ja mit dem Ausschuss in Brüssel - von der Kommission gehört, dass sie ausdrücklich Wert darauf legt, dass diese Steuer europaweit eingeführt wird. Das ist exakt die Position der FDP-Landtagsfraktion, im Übrigen auch die der FDP-Bundestagsfraktion.

Was allerdings an dem Vorschlag der Grünen, die die Vorstellungen der Kommission mit dem Änderungsvorschlag einbringen, aus unserer Sicht falsch ist, ist die Voraussetzung der Kommission, dass die Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer, das heißt als direkte Einnahme für die EU-Ebene, eingeführt wird. Das lehnen wir als Liberale ab, weil es zusätzliche Bürokratie bedeutet. Es bedeutet eine komplette Veränderung der Finanzierungsart auf europäischer Ebene. Das halten wir für falsch.

(Zustimmung von Hans-Werner Schwarz [FDP] - Glocke der Präsidentin)

Ich komme zum Schluss. Für uns ist wichtig: Es darf keine Schwächung des Finanzmarktes geben. Schon heute finden 70 % aller Finanzmarktgeschäfte in London statt. Es ist ein Leichtes, die anderen 30 % auch noch zu verlagern. Für uns ist wichtig, dass es eine unbürokratische Lösung gibt. Es geht um die tatsächliche Regulierung. Bei der Finanzmarktsteuer geht es fast ausschließlich um die Einnahmesituation des Staates.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Grascha. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/4441 ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir stellen fest, das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Abschließende Beratung:

Privilegien für Tierfabriken streichen - kommunale Mitbestimmung und bäuerliche Landwirtschaft stärken! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3911 (neu) - Empfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/4532

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht vorgesehen, sodass wir gleich zur Beratung kommen können.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Meyer das Wort.

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt - zu relativ später Stunde - zu einem sehr wichtigen Thema, das viele Landkreise und Kommunen in Niedersachsen umtreibt. Das ist die Genehmigung von immer größeren Tierhaltungsanlagen. Sie kennen sicher die

vielen Beschlüsse und Resolutionen, die etwa der Landkreis Verden, der Landkreis Göttingen, der Landkreis Emsland, die Region Hannover, der Landkreis Holzminden und als einer der letzten z. B. auch der Landkreis Heidekreis - meistens einstimmig - gefasst haben. Sie alle fordern von uns als Landtag, dass wir gegen das baurechtliche Privileg für immer größere Tierhaltungsanlagen vorgehen.

Auch der Niedersächsische Landkreistag hat bereits im Sommer letzten Jahres, also vor Einbringung unseres Antrages, gefordert, dass die Privilegierung für großgewerbliche Ställe eingeschränkt werden soll. Bisher gibt es da ja überhaupt keine Begrenzung. Die Kommunen fordern eben, dass sie dort mehr Mitbestimmung bekommen und im Interesse der Anwohner, des Umweltschutzes und der Lebensqualität eingreifen können.

Unser Antrag ist insofern hochaktuell, als sich gerade eine Änderung des Baugesetzbuches anbahnt. Frau Aigner hat ein bisschen eingelenkt; es soll jetzt eine Obergrenze geben. Sie ist aber unseres Erachtens deutlich zu hoch; denn darunter würden 95 bis 98 % aller Massentierhaltungsanlagen in Niedersachsen fallen. Sie will ja die UVP-Grenze als Punkt nehmen.

Wir schlagen in unserem Antrag das vor, was z. B. der Landkreis Emsland, der Heidekreis und viele andere Landkreise gefordert haben, nämlich dass man die Grenze dort zieht, wo eine Anlage so groß ist, dass sie nicht mehr dem Baurecht, sondern dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegt. Das ist bei 30 000 Hühnern, 1 500 Schweinen und 600 Kühen z. B. der Fall. Anlagen darunter würden weiterhin privilegiert behandelt. Aber bei Anlagen darüber hätten die Kommunen eine erhebliche Mitbestimmung.

Das fordert übrigens auch Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen; dort wird die gleiche Schwelle gesetzt. Rot-Grün in Rheinland-Pfalz fordert ebenfalls diese Änderung. Wir sind also mit der Forderung nach Einführung dieser Grenzen nicht allein. Der Kollege Sander - er ist jetzt nicht da - hat im Ausschuss behauptet, die Landesregierung würde da nichts ändern wollen usw. Ich habe in dem Antrag darauf hingewiesen, dass selbst Herr Lindemann in einem Interview mit dem *Hamburger Abendblatt* gesagt hat, Niedersachsen will der Agrarindustrie Grenzen setzen. Er hat dort gesagt, was eine Agrarfabrik ist. Er spricht da von 40 000 Hühnern.